

Riesener Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Dresden. Tagesblatt. Nr. 20.

Das Riesener Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1539
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 52.

Mittwoch, 3. März 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesener Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Geste-Zarife. Vermittelter Absatz erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbelege. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Zweitteil: Wilhelm Dittzig, Riesa.

Wolf im Schafspelz.

Briand ist kein Vorkar. Aber er ist Franzose und ein sehr geschickter Parlamentarier. Die Sprache seines Volkes ist auch die seine. Er kennt sie genau und weiß, daß er mit ihr zu rechnen hat, wenn er politische Erfolge erzielen will. Vermeidet er auch in seinen offiziellen Reden die scharfen nationalistischen Töne, die einem Vorkar und einem Clemenceau zu eigen waren, so ist doch die innere Einstellung, die er gegenüber den außenpolitischen Problemen hat, nicht sehr verschieden von der seiner chauvinistischen Vorgänger. Gestern hielt er im französischen Parlament eine Rede. Derselbe kein Angriff, sondern eine Verteidigung. Den nationalen Parteien Frankreichs will der Locarnopakt nicht sehr behagen. Mit Schmerz konstatierte man dort das Abweichen der Verhandlungen aus der Kölner Zone, die Liquidation der Ruhrpolitik und der offiziellen Separatistenunterstützung, die vertragsmäßige Garantie der Westgrenze und die dadurch sich logischerweise ergebende Entspannung einer ausgesprochenen Unterdrückungs- und Wachtpolitik. Alles dieses sieht man nur als eine Folge des Locarnopaktes an. Man verhält sich dort der Ansicht, daß alle diese Veränderungen allein durch den Friedensvertrag von Versailles schon vorgegeben sind und daß die Voraussetzungen, unter denen der Locarnopakt überhaupt geschlossen wurde, bis jetzt nur Programmpunkte sind, die nur auf dem Papier stehen. Herr Marin, der Führer des nationalen Blocks, verlangte in seiner Oppositionsrede gestern, daß Frankreich für seine Sicherheit einen Pakt der kontinentalen Siegerstaaten gebrauche. Ein Bündnis dieser Staaten würde einen Block bilden, der ungleich mächtiger wäre als derjenige Deutschlands. An diesem Tage, so sagte Marin, wäre der Friede Europas gefährdet.

So die Einstellung der nationalen Parteien Frankreichs zum Locarnopakt. Wenn die Wortführer dieser Gruppen von einem Bündnis der kontinentalen Siegerstaaten sprechen, so meinen sie den Völkerverbund. Herr Briand ist ein viel zu geschickter Politiker, um nicht einzusehen, daß eine solche Charakterisierung des Centre-Rates in jeder offiziellen Form der Politik dieses Kreises nicht gerade dienlich ist, wenn es auch insofern diese Charakterisierung des Bundes sich zu eigen macht. Man spricht sehr viel von der engen Freundschaft zwischen Briand und seinem englischen Amtskollegen Chamberlain. Von dieser Freundschaft wird Briand viel propagiert haben, denn man sieht, wie er immer gründlicher sich die englische These einer Politik der schönen Worte zu eigen macht. Er weiß, daß mit schönen, salbungsvollen Worten über Völkerverbund und Verständigung, aber mit dem Willen im Herzen, nur Machtinteressen seines Landes zu dienen, sich viel bequemer operieren läßt, als durch ein offenes Erkennenlassen der wahren Ziele. Wie verteidigte nun gestern Herr Briand den Locarnopakt? Er sprach zunächst von der entmilitarisierten Zone, von 100 Kilometern, die zwischen Deutschland und Frankreich bestünde. Er wählte für diese Feststellung eine Form, aus der ein Nichtorientierter etwa hätte entnehmen können, daß nach üblichem internationalem Brauch etwa 50 Kilometer auf deutscher und 50 Kilometer auf der französischen Seite entmilitarisiert worden seien. Jeder weiß natürlich, daß diese neutrale Zone nur zu Ungunsten Deutschlands gezogen ist. Wohlverstanden, das weiß jeder. Aber warum dies noch einmal öffentlich erläutern? Man möchte ja damit eine Machtpolitik eingestehen. Ein Eingeständnis, das ja schließlich gar nicht notwendig ist. Dann sagte Briand weiter, daß jede Nation innerhalb des Völkerverbundes das Recht habe, ihre eigenen Interessen zu verteidigen. Dem Buchstaben der Völkerverbündensurkunde wäre dies eine Unsinnsaussage. Aber wie sieht es mit dem Recht aus, wenn Herr Briand andererseits allerdings nicht in vollster Deutlichkeit behauptet, eine neue Siegermächtegruppe im Völkerverbund zu schaffen, die dieses Recht für Deutschland illusorisch machen müßte? Wandmal und diese salbungsvollen Worte Briands vielleicht doch etwas zu kunstvoll gewählt. Denn wenn er sagt, daß jedesmal, wenn man eine Gruppe von Völkern einer anderen Gruppe von Völkern gegenüberstellt, die Kriegsgefahr vergrößert würde, dann wird sich auch der weitestgehende Träumer eines Völkerverbundes nicht erwehren können. Denn was ist die aktive Politik des Herrn Briand anderes, als die Schaffung einer Mächtegruppe, die das so gefährliche Deutschland in Schach und Zwang halten könnte.

So könnte man noch vieles in den Worten der gestrigen Briandrede mit den wirklichen Taten des Herrn Briand schlagen. Aber schließlich genügen diese wenigen Klarstellungen, um zu zeigen, wie sehr der offizielle Wortführer Frankreichs bemüht ist, der Welt Sand in die Augen zu streuen. Vielleicht verdient noch eines der Erwähnung: Herr Briand schloß sehr merklich aus seinem Schafspelz heraus, als er sagte, daß das Abkommen von Locarno Frankreich im übrigen nicht hindere, sich weiter zu bewaffnen. Wenn auch dieser Hinweis in der Hauptsache gebraucht wurde, um den nationalen Parteien etwas Befriedigendes und Schmackhaftes zu reichen, so wollen wir doch den Herrn Ministerpräsidenten darüber aufklären, daß der so berühmte gewordenen Artikel 8 des Versailleser Diktates sehr deutlich eine allgemeine Rüstungsbeschränkung festlegt. Wir haben diese Bestimmung des Vertrages vollkommen erfüllt. Aber das Frankreich des Herrn Briand? Man darf auf die nächste Rede des Herrn Ministerpräsidenten und den rhetorischen Gelapaden, die sie bringen wird, sehr gespannt sein.

Das Ende der Sozialdebatte im Reichstag.

v. d. B. Berlin, den 2. März 1926.

Präsident Seebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Min. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung einer Vorlage zur Herabsetzung des Finanzausgleichs in den Bestimmungen über die Wohnungsmiete. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, den Zeitpunkt für die Erhebung der vollen Friedensmiete vom 1. April 1926 auf den 1. April 1927 zu verschieben. Demgegenüber hat der Ausschuß beschlossen, diese Verschiebung nur bis zum 1. Juli 1926 eintreten zu lassen.

Abg. Götze (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen das Kabinett Luther, dessen Charakterbild in der Geschichte nicht mehr schwand. Es habe sich uneingeschränkt als die Regierung der Schwerindustrie entpuppt. Dr. Hans Luther und Dr. Peter Reinhold hätten für das deutsche Volk nur leere Versprechungen gemacht. Sie hätten nur denen etwas gegeben, die schon etwas haben, und denjenigen, die nichts haben, noch das Letzte genommen. Der Redner beantragt, den Zeitpunkt für die Erhebung der vollen Friedensmiete bis zum 1. April 1927 hinauszuschieben.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt. Die Vorlage wird in der Ausschusssitzung in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Die Erhebung der vollen Friedensmiete kann also erst vom 1. Juli 1926 ab erfolgen.

Die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans wird dann fortgesetzt, und zwar beim

Reichsarbeitsministerium.

Beim Versorgungswesen stellt Abg. Rohmann (Soj.) fest, daß der allgemeine Pensionsfonds eine Ausgabe von mehr als 1 1/2 Milliarden vorliege, das sind 42 Prozent sämtlicher Reichsausgaben. Es sind jetzt 67 000 Kriegsbekleidete, 373 000 Witwen, mehr als eine Million Waisen und 103 000 Eltern zu versorgen. Dazu treten noch 44 000 ehemalige Offiziere und Militärbeamte. Es sei ein Bild des Elends und des Jammers. Von diesen Personen seien 2732 blind, 39 580 untertaub, 4990 geisteskrank und 61 190 haben entweder ein Bein oder einen Arm oder beide Beine oder beide Arme verloren. Die Fürsorge für diese schwer Betroffenen sei völlig unzureichend. Es müsse endlich eine Revision des Schwerbeschädigtenrechts erfolgen. Notwendig sei die gezielte Heilfürsorge für die Kriegserntnerleben.

Abg. Giesberts (Zentr.) erwidert eine Statistik über die Zahl der Schwerbeschädigten in der Schwerindustrie.

Abg. Dr. Koch-Düffelberg (Dnatl.) begründet einen Antrag, der die Reichsregierung ersucht, für Weitergewährung der vollen Unterstützung ohne Abzug der Invalidenrente an die pensionierten Arbeitnehmer der früheren Reichsbetriebe zu sorgen.

Abg. Gerig (Zentr.) ersucht die Reichsregierung, die laufenden Unterhaltungen der ehemaligen Heeres- und Marinearbeiter dadurch zu verbessern, daß die Unterstützungssätze an die Sätze der Zuschukrenten angepasst werden, die die Zahlung der Versorgungsanstalt der Reichspost in Aussicht genommen hat.

Abg. Tiedt (Komm.) nennt es eine Schande, daß heute, sieben Jahre nach dem Kriege, die Kriegsbekleideten um das einfache Recht der Heilbehandlung kämpfen müßten.

Ein Regierungsvizepräsident stellt fest, daß die Heilfürsorge für die Kriegsbekleideten überall gesichert ist. Wegen der Anpassung der Unterstützungssätze der ehemaligen Heeresarbeiter an die der Reichspost, schweben Verhandlungen.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Zentr.) verweist auf die schwierigen Verhältnisse im Saargebiet, wo die treubehende Bevölkerung allen Forderungen der Franzosen widerstehe. Der Redner fordert Hilfsmassnahmen für die im Saargebiet und Elsas-Rothringen beschäftigten deutschen Arbeiter.

Beim Wohnungs- und Siedlungswesen

beantwortet Abg. Wittmann (Soj.) den Forderung der Herabsetzung der Wohnungsmiete für Beamte und Kriegsbekleidete von 15 auf 20 Millionen zu erhöhen. Der Redner verlangt energische Maßnahmen gegen den Baustoffwucher der Kartelle.

Abg. Hönneburg (Dem.) tritt für wirksamere Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens ein. Auch der Posttarif habe vorteilhaft auf die Baustoffe gewirkt. Wo der Großgrundbesitz dominiere, werde das Land unweidener. Das Reich habe auch eine Ehrenpflicht gegen die Verdrängten zu erfüllen, die wegen ihres Deutschtums aus ihrer Heimat vertrieben sind. Der deutsche Dänen müßte durch Siedlung deutsch erhalten werden. Bei dem bisherigen Tempo würde das Siedlungsprogramm in Dänemark z. B. erst in 137 Jahren durchgeführt sein. (Hört, hört!)

Abg. Lude (Dittsch. Bergg.) verlangt Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, die die Hauptursache der Wohnungsnot sei. Mit der Hauszinssteuer sei dem Wohnungsmangel nicht beizukommen. Der private Hausbesitz habe vor dem Kriege ausreichend Wohnungen beschafft, er würde das nach Beilegung der Zwangswirtschaft auch jetzt wieder tun.

Abg. Puh (Komm.) beantragt zum Bau von Klein- und Mittelwohnungen 50 Millionen Mark auszugeben.

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soj.) empfiehlt wirksamere Schutzbestimmungen für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Im Ministerium sollte ein Jugend-Dezernat eingerichtet werden. Ungehobene Opfer müßte die jetzige Jugend bringen. Im Mansfelder Bergbau lasse man z. B. Wägrige Frauen in den Schacht einfahren.

Abg. Fran Mendice (Komm.) regt an, die Jugendlichen in den Pfortenschloßern unterzubringen.

Reichsarbeitsminister Dr. Branno betont, daß die Reichsregierung dem Schutze der Jugend ihre volle Aufmerksamkeit schenke. Das Schutzealter der Jugendlichen solle auf 18 Jahre ausgedehnt werden. Jugendliche unter 18 Jahren würden im Ruhrbergbau unter Tage überhaupt nicht mehr beschäftigt. Nur im Mansfelder Kupferbergbau lägen noch besondere Verhältnisse vor, so daß die Beibehaltung der Jugendlichen unter Tage nicht mit einem Schläge befristet werden könne. Das Jugendgesetz solle nachträglich dem Kabinett vorgelegt werden. Im übrigen bittet der Minister um Geduld, da man im vergangenen Jahre nicht weniger als 144 neue Gesetze von ihm verlanget habe.

Abg. Thiel (D. V.) stellt fest, daß in der Jugendfürsorge die Regierung ihre Pflicht durchaus erfüllt habe. Der Gesundheitszustand der Jugend sei allerdings bedauerlich schlecht. Die Deutsche Volkspartei sei bereit, an einer Besserung der Verhältnisse mitzuarbeiten.

Tamit schließt die Aussprache. Zur Erweiterung der Einrichtungen für die Unfallversicherung im Bergbau werden eine Million Mark einbehalten. Die vorliegenden Anträge werden dem Sozialpolitischen Ausschusse überwiesen. Angenommen wird ein Bauzinsantrag, der Maßnahmen zur Förderung der Bauwirtschaft fordert, sowie eine Entschließung zugunsten der ehemaligen Heeresarbeiter. Tamit ist die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans des Arbeitsministeriums beendet.

Geschäftsordnungsaussprache

über die Erledigung des Haushalts des Auswärtigen ein. Abg. Schulz-Bromberg (Dnatl.) fordert eine sofortige auswärtige Debatte. Der Reichstag müsse zur Völkerbundfrage Stellung nehmen, ehe die deutsche Vertretung nach Genf gehe. Heute rede der Reichszugler in Danzig über auswärtige Politik, aber den Reichstag werde er. Die französische Kammer habe eine ausgiebige Locarno-Debatte gehabt, die englische werde ich morgen haben, aber den Reichstag wolle man besteuert schließen. (Hört! hört! rechts.) Die Abg. Böcker (Komm.) und v. Graefe (Ditt.) schließen sich der Forderung nach einer auswärtigen Debatte an.

Abg. Erbesenz (Dem.) weist darauf hin, daß der Außenminister im Reichsrat erklärt habe, daß er die letzten drei Tage vor der Abreise nach Genf dringend zu sachlichen Vorbereitungen brauche. Der Redner stellt fest, daß eine Veränderung der Situation seit dem letzten Reichstagsbeschlusse nicht vorliege. Es könne feststehen, daß in Genf nur die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erfolgen werde, und daß andere Ziele nicht verteidigt werden würden.

Abg. Müller-Branten (Soj.) schließt sich dem Vordredner an und spricht seine Verwunderung darüber aus, daß Herr v. Graefe immer reden, reden, reden wolle. In München habe er damit bei seinen eigenen Parteifreunden kein Glück gehabt. Friederichs Rex habe einmal gesagt, das Hauptübel der Deutschen sei der Wortwucher, und an einem solchen Wortwucher scheine Herr v. Graefe zu leiden. (Weiter- links.)

Abg. v. Graefe (Ditt.) beantragt, den Außenminister sofort herbeizurufen, und fordert namentliche Abstimmung über diesen Antrag. Dafür stimmen mit den Völkischen die Deutschnationalen und die Kommunisten.

Der Antrag auf Herbeizurufung des Außenministers wird mit 218 gegen 110 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wird der Antrag, sofort den auswärtigen Etat zu behandeln.

Es folgt die zweite Lesung des

Haushalts des Reichswehrministeriums.

Abg. Stücken (Soj.) berichtet über die Ausführenden Verhandlungen. Der Redner weist darauf hin, daß beim Heeresetat zahlreiche Abstriche gemacht worden sind. Im Ausschusse sei die Notwendigkeit betont worden, daß die Reichswehr sich durchaus fernhalten müsse von Organisationen nach Art der Schwarzen Reichswehr. Die Preise für Heeresgut seien außerordentlich gestiegen. So koste eine scharfe Granate jetzt 1000 Mark. Die hohen Preise für Militärstränge usw. erregten großes Verwundern. Es stelle sich heraus, daß sich zwischen die Lieferanten und die Verwaltung eine Gesellschaft eingeschoben hat, die nichts erzeugt, aber dem Lieferanten Heereslieferungen von 2 Prozent verschafft. Inhaber dieser Gesellschaft seien der frühere Staatssekretär General Feldmann und der Generalmajor a. D. Sieglar. (Hört! hört! links.) Die Vertreter aller Parteien hielten solche Geschäfte für unzulässig. Darauf werden die Beratungen abgebrochen.

Mittwoch 1 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Aus dem Haushaltsausschusse des Reichstags.

Berlin, 3. März. In der Nachmittags des Haushaltsausschusses des Reichstages wurde u. a. ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der den Reichsminister des Innern ersucht, sofort alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die verfassungswidrigen Geminnisse zu besitzigen, die in den verschiedenen Teilen des Reiches gegen das Volksbegehren unternommen werden.